

15.01

Bundesrätin Mag. Daniela Gruber-Pruner (SPÖ, Wien): Hohes Präsidium! Frau Ministerin! Herr Minister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuseher und Zuseherinnen! Der vorliegende Bericht beruht ja auf zwei EU-Dokumenten. Das eine ist das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2016, und das Zweite ist das Programm der drei Ratsvorsitzländer Niederlande, Slowakei und Malta.

Ich möchte einige Schwerpunktsetzungen, die in diesen beiden Dokumenten genannt werden, aus unserer sozialdemokratischen Sicht analysieren und starte einmal mit denen, die wir begrüßen möchten.

Die Schwerpunktsetzung zum Thema Jugendarbeitslosigkeit beziehungsweise Jugendbeschäftigung ist ja schon genannt worden. Auch wir halten es für sehr gut, dass dieses Thema hohe Priorität bekommt. Auch wenn Österreich im Vergleich zu anderen EU-Staaten in diesem Bereich verhältnismäßig gut dasteht, ist dieses Thema der Beschäftigung junger Menschen doch sehr zentral für ihr aktuelles Leben und für ihre Zukunft. Ich denke, alle Anstrengungen, um jungen Menschen eine gute Ausbildung und einen erfolgreichen Übergang ins Berufsleben zu ermöglichen, verdienen Priorität und sind jedenfalls lohnend.

Auch der Anteil der außerschulischen Arbeit in diesem Bereich ist nicht zu unterschätzen. Die außerschulische Arbeit kann Jugendliche gerade bei solchen Übergängen in eine neue Ära ihres Lebens gut begleiten und sie auch bei der Schärfung ihres Profils sehr unterstützen.

Ich denke – und da bin ich bei der Bundesjugendvertretung –, dass es in diesem Zusammenhang auch ein Thema der EU sein muss, sich mit prekären Beschäftigungsverhältnissen auseinanderzusetzen und auch einheitliche Regelungen und Standards für Praktika zu finden. Das ist für junge Menschen essenziell.

Ein zweites Thema, das genauso ernsthaft und schwerwiegend ist, ist das Thema der Radikalisierung und der Gewaltbereitschaft junger Menschen, und zwar in unterschiedlichsten Gebieten. Öffentliche Aufmerksamkeit bekommt dieses Thema dann, wenn Gewalt eskaliert und im öffentlichen Raum sichtbar wird. Am extremsten ist es, wenn es in Form von Terrorismus auftritt, aber auch wenn beispielsweise – wie es jetzt in Österreich erstmals der Fall war – eine Asylunterkunft brennt. Solchen Formen der Radikalisierung ist natürlich mit allen Mitteln vorzubeugen, und auf Bundesebene wurde ja die Beratungsstelle Extremismus ins Leben gerufen. Auch in meinem Bundesland Wien gibt es ein sehr aktives Netzwerk zur Deradikalisierung und

Prävention, das mit allen Stakeholdern aus verschiedensten Bereichen zusammenarbeitet, um dieser Radikalisierung entgegenzutreten.

Diese Radikalisierung hat ihre Wurzeln natürlich bereits dann, wenn sich Sprache radikalisiert. Das erleben wir in der jetzigen Zeit sehr massiv auch in den sozialen Netzwerken, in den sozialen Medien. Gerade gestern hat unser Parlamentsklub zu einer Enquete eingeladen, in der es um Hassbotschaften, Mobbing, Gewalt in Postings et cetera geht. Mit diesem Thema muss man sich beschäftigen. Das betrifft Menschen ganz konkret.

Ich denke, es ist höchste Vorsicht geboten, wenn es um Gewalt in der Sprache, Radikalisierung der Sprache geht. Da werden Bilder und Symbole erzeugt, und es wird auch radikalisiert. Wir müssen sehr vorsichtig sein, wenn dadurch mit der Zeit Hemmschwellen fallen und immer mehr Gewalt in der Sprache üblich wird, denn oft folgen Worten auch Taten. Ich denke, wir müssen diesem Thema große Aufmerksamkeit schenken.

Es gibt weitere begrüßenswerte Themen, meine Vorredner haben schon manche genannt: Die Gesundheit junger Menschen – im Speziellen auch das Thema der Essstörungen bei Mädchen, das leider nach wie vor ein großes Thema ist – braucht Aufmerksamkeit sowie auch das Thema der psychischen Belastungen junger Menschen. Kollege Pum hat darauf hingewiesen. Der aktuelle Bericht der Österreichischen Liga für Kinder- und Jugendgesundheit weist auch darauf hin, dass gerade im Bereich der psychischen Belastungen Therapieplätze massiv fehlen. Es gibt sehr lange Wartezeiten für Kinder und Jugendliche in diesem Bereich.

Ein aktuelles Thema ist die sehr positive Entwicklung der Frühen Hilfen, die ja in einem Projektstatus sehr gut angelaufen sind. Ich denke, dieses Projekt hat es verdient, jetzt flächendeckend in einen Standard übernommen zu werden.

Die Mobilität junger Menschen war bereits Thema. Ich denke, gerade wenn wir sehen, wie in Europa nationalistische Tendenzen zurzeit überhandnehmen und Zuspruch finden, dann sind solche Programme wie Erasmus+ zur Förderung der Mobilität und der europäischen Identität junger Menschen wichtig. Wir sehen aktuell auch – spätestens seit der Abstimmung in Großbritannien und diesem Ergebnis des Brexit –, dass gerade junge Menschen offensichtlich eine stärkere europäische Identität haben. Sie haben verstanden, was die Vorteile einer europäischen Identität sind. Da sieht man, welche Bedeutung Programme wie Erasmus+ für junge Menschen haben.

Ich komme jetzt noch zu einem Satz und Motto der aktuellen Ratspräsidentschafts-Trias, die ich gelesen habe, die folgendermaßen lauten:

„Allen Jugendlichen ermöglichen, sich an einem vielfältigen, vernetzten und inklusiven Europa zu beteiligen – bereit fürs Leben, bereit für die Gesellschaft.“

Ich denke, dieses „allen Jugendlichen“ ist etwas sehr Wesentliches. David Stögmüller hat auch darauf hingewiesen. Es ist wirklich etwas Bemerkenswertes, da von „allen Jugendlichen“ zu sprechen, aber gleichzeitig ist das auch die große Herausforderung für alle Länder, für die EU, für alle Institutionen. Alle Jugendlichen einzubeziehen erfordert nämlich eine besondere Sensibilität, um genau auf jene Gruppen zu schauen, die ausgeschlossen und diskriminiert werden, also auf sogenannte vulnerable Gruppen.

Bevor ich auf drei Gruppen eingehe, die aus meiner Sicht einen besonderen Fokus verdienen, wollte ich noch darauf hinweisen, dass es, wenn es um alle Jugendlichen geht, wichtig ist, dass die Europäische Union kinderrechtliche Standards auf europäischem Level vereinheitlicht, damit es zum Beispiel nicht mehr möglich ist, dass in Großbritannien 13-jährige junge Menschen eingesperrt werden. Solche Dinge haben in einer Europäischen Union keinen Platz. Sich europaweit für kinderrechtliche Standards einzusetzen fände ich dringend notwendig.

Drei Gruppen habe ich angekündigt, die besondere Aufmerksamkeit verdienen. Die erste Gruppe sind Kinder, die von einer Behinderung oder einer chronischen Krankheit betroffen sind. Man muss sich immer wieder fragen: Haben sie denselben Zugang zu Mobilität? Haben sie dieselben Möglichkeiten im Bildungssystem? Darüber immer wieder zu reflektieren und da hinzuschauen lohnt sich.

Auf die zweite Gruppe, nämlich Kinder und Jugendliche, die von Armut betroffen sind, hat David Stögmüller auch schon hingewiesen. Genau ihnen ist die Teilhabe, von der in diesem Motto die Rede ist, verwehrt. Rund 300 000 junge Menschen in Österreich sind von Armut gefährdet, über 100 000 sind ganz konkret davon betroffen. Wir wissen, dass Armut krank macht, dass Armut die Teilhabe behindert, und das kann in einem inklusiven Europa natürlich nicht der Fall sein.

Umso mehr erschreckt mich die aktuelle Debatte um die Kürzung der Mindestsicherung, denn alle ExpertInnen wissen, dass die Kürzung der Mindestsicherung gerade Kinder und Jugendliche und ihre Teilhabe und Chancen betrifft. Da würde ich mir ein starkes Veto einer Jugendministerin, einer Kinderministerin wünschen, denn diese Armut von Kindern haben wir in einem Land wie Österreich einfach nicht notwendig. *(Beifall bei SPÖ und Grünen.)*

Eine dritte Gruppe hat David schon erwähnt, nämlich die Gruppe der Jugendlichen und Kinder, die mit Fluchterfahrungen zu uns kommen. Auch sie werden weitgehend von

der Teilhabe ausgeschlossen oder jedenfalls bei ihrer Teilhabe an unserer Gesellschaft behindert. Teilhabe braucht Sprachkenntnisse, Teilhabe braucht Bildung. Ich freue mich, dass jetzt ein Paket geschnürt worden ist, durch das Sprachvermittlung und Bildung ab dem ersten Tag stattfinden sollen. Wir wissen, dass wir davon noch ein Stück weit entfernt sind.

Auch ich wünsche mir, dass junge Flüchtlinge in die Ausbildungspflicht hineingenommen werden, um die Möglichkeit zu bekommen, Abschlüsse zu machen und in der Bildung voranzukommen. Es macht einfach keinen Sinn, bei Jugendlichen danach zu unterscheiden, woher sie kommen oder warum sie hier sind. Diese Jugendlichen sind hier, sie werden hier ihre Zukunft verbringen und sie alle brauchen hier gute Chancen.

Ich komme zum Schluss: Ich wünsche mir von einer Familien- und Jugendministerin, dass sie tatsächlich auf alle Jugendlichen und Kinder schaut, auch auf jene, die vulnerabel sind und besondere Aufmerksamkeit brauchen. – Herzlichen Dank. *(Beifall bei SPÖ, Grünen und Bundesräten der ÖVP.)*

15.12